«Nein, ich kann die Haltung des Bundesrats nicht verstehen»

Abschluss der Frühjahrssession SP-Nationalrätin Samira Marti äussert sich zur Neutralitätspolitik der Landesregierung, zu dem von ihr vorgeschlagenen Mindestlohn von 5000 Franken nach der Lehre und zu den Wahlen im Baselbiet.

Thomas Dähler

«Gerade ein neutraler Staat muss das Völkerrecht verteidigen», fordert Samira Marti mit Blick auf den Krieg in der Ukraine. Foto: Adrian Moser

Sie sind Vizepräsidentin der SP-Fraktion, Frau Marti. Wie stark sind Sie an die Fraktionsmeinung gebunden?
Wir haben eine sehr demokratische Diskussionskultur und tauschen unsere Standpunkte offen aus. Aktuell etwa bei der Debatte um die Wiederausfuhr von Waffen. Vor einem halben Jahr habe ich dazu eine andere Meinung vertreten als heute. Die Zeiten haben sich geändert.

Sie waren seinerzeit dafür, das Kriegsmaterialgesetz zu verschärfen. Damals ging es allerdings vor allem um Ausfuhren nach Saudiarabien. Bereuen Sie den Entscheid, das Gesetz verschärft zu haben?
Nein, ich habe mich damals im Rat stark dafür eingesetzt, dass Waffenexporte an Länder, die die Menschenrechte missachten, verhindert werden. Ich finde nach wie vor, dass Waffenausfuhren nach Saudiarabien nicht richtig sind. Jetzt geht es aber um die Wiederausfuhr von ursprünglich in der Schweiz produzierten Waffen an die Ukraine, das ist nicht das Gleiche. Die UNO-Charta von 1948 stellt klar: Krieg ist kein legitimes Mittel zur Durchsetzung politischer Interessen. Ein Angriffskrieg ist illegal, aber es gibt ein Recht auf Selbstverteidigung. Und gerade ein neutraler Staat muss das Völkerrecht verteidigen.

Können Sie die Haltung des Bundesrats und insbesondere des Bundespräsidenten Alain Berset nicht nachvollziehen?
Nein, ich kann die Haltung des Bundesrats nicht verstehen. Eine neutrale Schweiz des 21. Jahrhunderts soll Hüterin und Anwältin des Völkerrechts sein. Als kleiner Staat haben wir das grösste Interesse an einer Welt, in der die Macht des Rechts, nicht das Recht des Stärkeren gilt. Wir haben uns deshalb zusammen mit der Mitte und der FDP stark darum bemüht, in so einem klaren Fall wie dem Angriffskrieg von Putin gegen die Ukraine eine eng gefasste Ausnahmeregelung für die Wiederausfuhr von Waffen zu finden.

Das ist gescheitert, haben doch Ihre Partei und die FDP sich gegenseitig blockiert. Gibt es noch eine Chance?
Ich muss klarstellen: Die beiden jetzt abgelehnten Vorlagen waren nicht die gleichen. FDP-Präsident Thierry Burkart wollte das Kriegsmaterialgesetz generell aufweichen, was der Ukraine nichts gebracht hätte. Es ist unlauter, jetzt den Moment auszunützen, um die eigenen Geschäfte voranzubringen. Das werfe ich der Rüstungsindustrie vor. Der Vorschlag der SP hat sich hingegen an der UNO orientiert, am Völkerrecht. Ich hoffe, dass wir noch eine gemeinsame Lösung finden.

Ein weiteres aussenpolitisches Geschäft war hoch umstritten. Sie waren mit einer knappen Minderheit dafür, den Bundesrat aufzufordern, mit der EU sofort Verhandlungen aufzunehmen. Als Gewerkschafterin, Ex-Präsidentin des VPOD, erstaunt uns diese Haltung, denn die Fragen rund um den Lohnschutz sind noch ungelöst.
Diese Motion muss man vor allem innenpolitisch verstehen. Die Unzufriedenheit, wie der Bundesrat das Dossier führt, ist gross. Politische Führung spüre ich wenig. Einen solchen Vorstoss voranzubringen, ist vor allem ein Zeichen an die Regierung. Wir müssen beim Lohnschutz Lösungen finden, das ist klar. Eine europäische Öffnung geht nur mit einer Koalition der Willigen, von links bis zur FDP. Dafür braucht es für den Lohnschutz wirkungsvolle flankierende Massnahmen.

Wie wichtig ist die Europafrage? Was unternehmen Sie?
Sehr wichtig. Der Aufstieg der SVP als Partei der Abschottung und des Fremdenhasses hat mich politisiert. Auch deshalb bin ich heute Politikerin.

Doch da ist auch Ihre Fraktion herausgefordert. Nochmals: Was unternehmen Sie?
Ich habe diese Woche einen Vorstoss eingereicht. Wir sollten unseren Lohnschutz im Einklang mit EU-Recht weiter ausbauen. Damit verbessern wir unsere Verhandlungsposition und stärken die Kaufkraft der Schweizer Bevölkerung.

Wie denn?
Die EU wurde lange von einem neoliberalen Dogma beherrscht, das zu einem starken Druck auf die Löhne geführt hat. In den letzten Jahren hat sich der Wind in Europa jedoch gedreht: Die EU-Länder haben verstanden, wie wichtig es ist, die Löhne zu schützen, weil dies der gesamten Wirtschaft und der Bevölkerung zugutekommt. Die europäische Mindestlohnrichtlinie ist vor diesem Hintergrund eine politische Zäsur. Sie verlangt, dass, wenn die Abdeckung mit Gesamtarbeitsverträgen unter 80 Prozent liegt, der betreffende Staat einen Aktionsplan erarbeiten muss mit dem Ziel, über die Limite zu kommen. Das ist interessant.

Auch für die Schweiz?
Wir haben nur eine Abdeckung von 50 Prozent. Ein Aktionsplan für mehr GAV würde den Lohnschutz stärken. Europakompatibel, aber autonom. Denn gute Arbeitsbedingungen und Löhne sind keine Privatangelegenheit, sondern von öffentlichem Interesse. Wenn es zu Lohndumping kommt, springt der Staat letztlich immer in die Bresche. Der Schutz der Löhne liegt im Interesse aller, angefangen bei der Wirtschaft und den KMU. Das gilt für die EU und für die Schweiz. Doch dazu müssen wir die Unterstützung der Bürgerlichen erreichen.

Sprechen wir über Innenpolitik. Die beiden Räte sind daran, sich über die Rentenreform zu einigen. Sie sind skeptisch. Weshalb ist ein Kompromiss schwierig?
Weil es um sehr viele Interessen geht. Bei der AHV-Abstimmung wurden den Frauen Verbesserungen bei der Rentenreform in Aussicht gestellt. Wir haben versucht, mit dem Sozialpartner-Kompromiss die Vorlage mehrheitsfähig zu gestalten, zusammen mit dem Bundesrat. Damit hätte immerhin die Rentenhöhe verbessert werden können. Doch im Parlament wurde die Vorlage so verunstaltet, dass wir nun vor einem Desaster stehen.

Wer höhere Renten will, muss doch in Kauf nehmen, dass die Lohnabzüge dafür steigen?
Ja, dies sah die Vorlage ursprünglich in einem verträglichen Mass vor. Doch jetzt läuft das Kosten-Nutzen-Verhältnis bei tiefen Löhnen komplett aus dem Ruder. Versicherte sollen im Berufsleben mehr einzahlen, ohne dass bei der Rente etwas rausschaut. Der ursprüngliche Kompromiss der Sozialpartner hätte einen Rentenzuschlag vorgesehen, indem ein Teil des Umlageverfahrens, das wir von der AHV kennen, in die zweite Säule integriert würde. Ohne diese Umlage wird es nie ein funktionierendes Kosten-Nutzen-Verhältnis für die unteren Einkommen geben. Die Bürgerlichen, auch der Bauernverband und der Gewerbeverband, haben den Rentenzuschlag aus ideologischen Gründen abgelehnt. Jetzt stellen sie fest, dass auch für ihre Mitglieder die Rechnung nicht aufgeht. Darum bekämpfen sie die Vorlage jetzt ebenfalls. Besser spät als nie.

Sie sind eigentlich ohnehin dafür, dass stattdessen die AHV aufgewertet wird.
Ja, sie funktioniert einfach am besten: 92 Prozent der Menschen beziehen mehr aus der AHV, als sie in ihrem gesamten Leben einbezahlen. Doch wir waren bereit, auch in der zweiten Säule einen Kompromiss zu finden, der ein würdevolles Leben im Alter ermöglicht. Bei mir bleibt aber unterdessen das Gefühl, dass es den Bürgerlichen schlicht kein Anliegen ist, die Renten zu erhöhen. Sie wollen die Altersvorsorge schleichend privatisieren.

Bald sind Wahlen. Demnächst nominiert die SP Baselland. Welchen Leistungsausweis präsentieren Sie Ihren Wählerinnen und Wählern?
Mein grösster Erfolg ist wohl der Gegenvorschlag zur Transparenzinitiative, bei dem ich stark involviert war – ein historischer Moment. Zum ersten Mal wird bekannt, wie sich die Parteien finanzieren. Zurzeit läuft zudem die Vernehmlassung für einen verbesserten Opferschutz bei häuslicher Gewalt, eine Vorlage, die auf meine Initiative hin ausgearbeitet wurde. Schliesslich mein Vorstoss «Armut ist kein Verbrechen», der im Nationalrat eine Mehrheit gefunden hat.

Wie zuversichtlich sind Sie, dass Sie wiedergewählt werden?
Wahlen sind nie ein Spaziergang. Unser Ziel ist es im Baselbiet, gemeinsam mit den Grünen die drei linken Nationalratsmandate und den Ständeratssitz von Maya Graf zu verteidigen. Es freut mich, dass viele Leute in meiner Partei bereit sind, sich für dieses Ziel zu engagieren.

Sie sind immer noch eines der jüngsten Nationalratsmitglieder. Ein prominenter früherer SP-Politiker hat gesagt, es brauche nicht nur Junge in der Politik.
Claude Janiak, den ich übrigens sehr schätze, hat allerdings gleichzeitig auch meine persönliche Arbeit in Bern gewürdigt.

Politische Senkrechtstarterin

Die Baselbieterin Samira Marti (29) ist seit 2018 Nationalrätin. Die Sozialdemokratin ist in Ziefen ausgewachsen und wohnt heute mit ihrem Partner in Binningen. Von 2012 bis 2014 war sie Co-Präsidentin der Juso Baselland, von 2018 bis 2021 Präsidentin des VPOD Region Basel. Marti ist Ökonomin und hat an der Universität Zürich mit dem Master abgeschlossen. *(td)*